



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



15065/13

(OR. en)

PRESSE 428

PR CO 54

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3268. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Luxemburg, 22. Oktober 2013

Präsident	Linas Linkevičius
	Minister für auswärtige Angelegenheiten (Litauen)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/press>

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Erweiterung – Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Der Rat ist übereingekommen, den gemeinsamen Standpunkt der EU zur Eröffnung des Kapitels 22 (Regionalpolitik und Koordinierung der strukturpolitischen Instrumente) mit der Türkei zu bestätigen und für den 5. November 2013 in Brüssel eine Tagung der Beitrittskonferenz auf Ministerebene einzuberufen.

Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates im Oktober

Der Rat prüfte den Entwurf der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates für dessen Tagung am 24. und 25. Oktober 2013. Die Minister erörterten den Schlussfolgerungsentwurf mit dem per Videoverbindung zugeschalteten Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy.

Der Europäische Rat soll sich in erster Linie mit folgenden Themen befassen: digitale Wirtschaft, Innovation und Dienstleistungen, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wirtschafts- und Währungsunion, Östliche Partnerschaft und Migrationsströme.

Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR)

Der Rat nahm eine Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) an. Durch das System EUROSUR soll die Kontrolle der Außengrenzen des Schengen-Raums verstärkt werden. EUROSUR wird es den Grenzüberwachungsbehörden der Mitgliedstaaten insbesondere ermöglichen, operative Informationen auszutauschen und untereinander sowie mit der Agentur FRONTEX zusammenzuarbeiten, um die Zahl der irregulären Migranten, die unentdeckt in die EU gelangen, zu verringern und die innere Sicherheit durch Prävention von grenzüberschreitender Kriminalität wie Menschenhandel und Drogenschmuggel zu erhöhen.

INHALT¹

TEILNEHMER	5
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Erweiterung – Türkei	7
Europäisches Semester – Erfahrungsbericht.....	7
Makroregionale Strategien der Europäischen Union	8
Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates im Oktober	8
Sonstiges	9

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Finanzieller Beistand für Irland: Verlängerung des Bereitstellungszeitraums	10
– Finanzieller Beistand für Rumänien	10
– Zollpräferenzen: keine Einwände des Rates gegen den delegierten Rechtsakt	10

JUSTIZ UND INNERES

– EUROSUR	11
– Armenien – Abkommen zur Rückübernahme und zur Erleichterung der Visaerteilung	11
– Drogenaktionsplan EU-Zentralasien	12

KERNENERGIE

– Neue Vorschriften für radioaktive Stoffe in Wasser	12
--	----

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

- Beziehungen zu Montenegro 12

FISCHEREI

- Zugang von Fischereifahrzeugen aus den Seychellen zu den Gewässern um Mayotte 13

BINNENMARKT

- Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge – UNECE-Regelungen 13

ENTWICKLUNG

- Technisches Zentrum für Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum 14
- Beiträge zum Europäischen Entwicklungsfonds 14

BESCHÄFTIGUNG

- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Spanien 14

TEILNEHMER

Belgien:

Dirk WOUTERS

Ständiger Vertreter

Bulgarien:

Kristian VIGENIN

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Jan KOHOUT

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Nick HÆKKERUP

Minister für Handel und Europafragen

Deutschland:

Michael LINK

Staatsminister, Auswärtiges Amt

Estland:

Matti MAASIKAS

Ständiger Vertreter

Irland:

Paschal DONOHOE

Staatsminister für europäische Angelegenheiten (Amt des Premierministers und Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel)

Griechenland:

Dimitrios KOURKOULAS

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MÉNDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Thierry REPENTIN

Minister für europäische Angelegenheiten

Kroatien:

Vesna PUSIĆ

Erste Stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Ioannis KASOULIDES

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Lettland:

Edgars RINKĒVIČS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Linas LINKEVIČIUS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxembourg:

Jean ASSELBORN

Stellvertretender Premierminister, Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ungarn:

Enikő GYŐRI

Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Louis GRECH

Stellvertretender Premierminister und Minister für europäische Angelegenheiten und die Umsetzung des Wahlprogramms

Niederlande:

Frans TIMMERMANS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Österreich:

Hubert HEISS

Amtierender Ständiger Vertreter

Polen:

Marek PRAWDA

Ständiger Vertreter

Portugal:

Bruno MAÇÃES

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

George CIAMBA

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowakei:

Peter JAVORČÍK

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Finnland:

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und
Außenhandel

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Vizepräsident

ERÖRTERTE PUNKTE

Erweiterung – Türkei

Der Rat ist heute übereingekommen, den gemeinsamen Standpunkt der EU zur Eröffnung des Kapitels 22 (Regionalpolitik und Koordinierung der strukturpolitischen Instrumente) mit der Türkei zu bestätigen und für den 5. November 2013 in Brüssel eine Tagung der Beitrittskonferenz auf Ministerebene einzuberufen.

Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) war bereits auf seiner Tagung vom 25. Juni 2013 übereingekommen, das Kapitel 22 zu eröffnen, und hatte betont, dass die Regierungskonferenz mit der Türkei beginnen wird, sobald die Kommission den jährlichen Fortschrittsbericht vorgelegt hat und der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) eine Aussprache geführt hat.

Seit der Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei im Jahr 2005 sind 13 Kapitel eröffnet worden, von denen eines (das Kapitel 25 über Wissenschaft und Forschung) vorläufig geschlossen wurde. Das Kapitel 22 (Regionalpolitik und Koordinierung der strukturpolitischen Instrumente) ist das 14. Kapitel, das eröffnet wird. Als bislang letztes Kapitel war im Juni 2010 das Kapitel 12 (Lebensmittelsicherheit sowie Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik) eröffnet worden.

Die Verhandlungen über den Beitritt zur EU sind in 35 Kapitel (Politikbereiche) unterteilt, über die jeweils gesondert verhandelt wird.

Europäisches Semester – Erfahrungsbericht

Der Rat führte einen Gedankenaustausch und billigte den Synthesebericht des Vorsitzes über das Europäische Semester (Lehren aus 2013 und weiteres Vorgehen).

Das Europäische Semester 2013 wurde am 9. Juli 2013 mit der Annahme von länderspezifischen Empfehlungen abgeschlossen. Es umfasste ein breites Spektrum von Politikbereichen unter Einbeziehung mehrerer Ratsformationen samt ihrer Vorbereitungsstellen.

In dem Erfahrungsbericht wird anerkannt, dass das Semester 2013 reibungsloser abgelaufen ist als in den Vorjahren, und es werden weitere Verbesserungen des Prozesses vorgeschlagen.

Es wird unter anderem empfohlen, der Überwachung der Umsetzung politischer Empfehlungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen; diesbezüglich wird in dem Bericht betont, welche entscheidende Bedeutung die nationale Eigenverantwortung für die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen hat. Ferner wird auf die Zwänge hingewiesen, die dadurch entstehen, dass das Europäische Semester einem engen Zeitrahmen unterworfen ist.

Die Erstellung des Jahreswachstumsberichts für 2014, der den Beginn des nächsten Semesters markiert, wird in den kommenden Wochen eingeleitet, und der heutige Abschluss der Erfahrungsauswertung wird die Berücksichtigung der Empfehlungen im kommenden Semester ermöglichen.

Makroregionale Strategien der Europäischen Union

Der Rat wurde über die mit makroregionalen Strategien der Europäischen Union erzielten Ergebnisse und den Mehrwert dieser Strategien unterrichtet und führte einen Gedankenaustausch über die in diesem Rahmen gewonnenen Erfahrungen. Er nahm diesbezügliche Schlussfolgerungen an.

Eine makroregionale Strategie ist ein vom Europäischen Rat gebilligter Gesamtrahmen zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen in einem bestimmten geografischen Gebiet; dabei kann es sich um wirtschaftliche, soziale oder ökologische Herausforderungen handeln.

Bislang hat die EU zwei makroregionale Strategien ins Leben gerufen, eine für den Ostseeraum und eine für den Donaauraum. Außerdem hat der Europäische Rat die Kommission aufgefordert, bis Ende 2014 eine EU-Strategie für den adriatisch-ionischen Raum vorzulegen.

Klicken Sie hier, um die [Schlussfolgerungen des Rates](#) im Wortlaut abzurufen.

Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates im Oktober

Der Rat prüfte den Entwurf der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates für dessen Tagung am 24. und 25. Oktober 2013. Die Minister erörterten den Schlussfolgerungsentwurf auch mit dem per Videoverbindung zugeschalteten Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy.

Im Mittelpunkt der Oktober-Tagung des Europäischen Rates wird das Thema "Digitale Wirtschaft, Innovation und Dienstleistungen" stehen. Eine starke digitale Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer globalisierten Welt; im Mittelpunkt der Beratungen werden daher die Notwendigkeit von Investitionen in die digitale Wirtschaft, die Förderung eines verbraucher- und unternehmerfreundlichen digitalen Binnenmarkts und die Verbesserung der digitalen Kompetenzen stehen.

Im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden die Staats- und Regierungschefs auf der Tagung des Europäischen Rates auf die Themen "Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" und "Zugang der Wirtschaft zu Finanzmitteln", insbesondere in Bezug auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), zurückkommen. Besondere Aufmerksamkeit wird den Fortschritten bei der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche und der Frage gewidmet werden, wie der Zugang der KMU zu Finanzmitteln verbessert und ein neues Finanzierungsinstrument für KMU eingeführt werden könnte. Der Europäische Rat wird ferner die Fortschritte bei der Vereinfachung der Regulierung erörtern und sich dabei auf die jüngste Mitteilung der Kommission zur regulatorischen Eignung (REFIT) stützen.

Nach den bisherigen Aussprachen über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wird erwartet, dass sich der Europäische Rat auf seiner Oktober-Tagung vorrangig mit der Banken- und Wirtschaftsunion befasst. Insbesondere ist vorgesehen, dass die Staats- und Regierungschefs den Schwerpunkt ihrer Beratungen auf eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung, auf die soziale Dimension der WWU und auf die Bankenunion legen.

Der Europäische Rat dürfte auf seiner Oktober-Tagung auch die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft zur Kenntnis nehmen, das am 28. und 29. November 2013 in Vilnius (Litauen) stattfinden wird.

Ferner wird der Europäische Rat nach den jüngsten tragischen Ereignissen im Mittelmeer, bei denen Hunderte von Menschen ihr Leben lassen mussten, einen Gedankenaustausch über die Migrationsströme führen.

Sonstiges

Makroregionale Strategie für die Alpen

Der Rat hörte die Ausführungen der französischen Delegation zu den laufenden Tätigkeiten, die auf die Konzipierung einer makroregionalen Strategie für die Alpen abstellen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Finanzieller Beistand für Irland: Verlängerung des Bereitstellungszeitraums

Der Rat nahm einen Beschluss an, durch den der Beschluss 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der EU für Irland dahin gehend geändert wird, dass der Zeitraum für die Bereitstellung des Beistands um zwei Monate verlängert wird.

Mit dieser Maßnahme soll dafür gesorgt werden, dass die Einhaltung der Programmauflagen im Rahmen der abschließenden Bewertung mit angemessener Sorgfalt umfassend geprüft und der Beschluss über die Auszahlung der letzten Rate rechtzeitig gefasst werden kann.

Die Kommission hat die zehnte Überprüfung des irischen Wirtschaftsreformprogramms am 10. Juli 2013 abgeschlossen.

Finanzieller Beistand für Rumänien

Der Rat nahm zwei Beschlüsse an, wonach Rumänien ein gegenseitiger Beistand bzw. ein vorsorglicher mittelfristiger finanzieller Beistand der EU gewährt wird ([14696/13](#) und [14699/13](#)).

Der vorsorgliche Beistand von bis zu zwei Mrd. EUR kann bis zum 30. September 2015 in Anspruch genommen werden. Sollte er aktiviert werden und es zu Auszahlungen kommen, wird er in Form eines Darlehens mit einer durchschnittlichen Laufzeit von maximal acht Jahren geleistet.

Zollpräferenzen: keine Einwände des Rates gegen den delegierten Rechtsakt

Der Rat beschloss, gegen eine Verordnung der Kommission zur Festlegung der Regeln für das Verfahren zur vorübergehenden Rücknahme von Zollpräferenzen und zur Ergreifung allgemeiner Schutzmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems der EU keine Einwände zu erheben.

Bei der Verordnung handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Da der Rat nunmehr zugestimmt hat, kann der Rechtsakt in Kraft treten, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

JUSTIZ UND INNERES

EUROSUR

Der Rat nahm eine Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) an (PE-CONS 56/13). Durch dieses System soll die Kontrolle der Außengrenzen des Schengen-Raums verstärkt werden.

Weitere Informationen sind dem Dokument [15031/13](#) zu entnehmen.

Armenien – Abkommen zur Rückübernahme und zur Erleichterung der Visaerteilung

Der Rat nahm einen Beschluss über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Armenien über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt ([5859/13](#)) an.

Das wichtigste Ziel dieses Abkommens besteht darin, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit schnelle und effiziente Verfahren für die Identifizierung und die sichere und ordnungsgemäße Rückführung solcher Personen festzulegen.

Die Europäische Union und Armenien haben das Rückübernahmeabkommen am 19. April 2013 in Brüssel unterzeichnet (siehe Dokument [8630/13](#)). Das Europäische Parlament hat dem Abschluss des Abkommens am 9. Oktober 2013 zugestimmt.

Parallel zum Rückübernahmeabkommen nahm der Rat ferner einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens zur Erleichterung der Visaerteilung mit Armenien ([5835/13](#)) an.

Durch das Abkommen wird es für armenische Bürger – besonders Vielreisende – einfacher und billiger, kurzfristige Visa zu erlangen, die sie berechtigen, in die EU einzureisen und sich innerhalb der Union frei zu bewegen.

Das Abkommen zur Erleichterung der Visaerteilung wurde am 17. Dezember 2012 unterzeichnet (siehe Dokument [17866/12](#)). Das Europäische Parlament hat dem Abschluss des Abkommens am 9. Oktober 2013 zugestimmt.

Abkommen zur Rückübernahme gehen normalerweise Hand in Hand mit Abkommen zur Erleichterung der Visaerteilung. Die Abkommen werden am selben Tag in Kraft treten (am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag, an dem die beiden Vertragsparteien sich gegenseitig den Abschluss ihrer internen Verfahren notifiziert haben).

Drogenaktionsplan EU-Zentralasien

Der Rat beauftragte den Vorsitz, Verhandlungen auf der Grundlage des Drogenaktionsplans EU-Zentralasien (2014-2020) ([14182/13](#)) zu führen und den Aktionsplan in der Sitzung EU-Zentralasien (auf höherer Ebene), die am 12. November 2013 in Brüssel stattfinden wird, zu bestätigen. Damit wird der dritte Aktionsplan seit 2002 verabschiedet.

Die EU und die zentralasiatischen Länder haben ein gemeinsames Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit, um die Drogennachfrage zu verringern und das Angebot an illegalen Drogen und die damit verbundene organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Mit der EU-Drogenstrategie, die 2012 vom Rat angenommen wurde, werden der übergreifende politische Rahmen und die Prioritäten für die EU-Drogenpolitik, die von den Mitgliedstaaten und den EU-Organen bestimmt wurden, für den Zeitraum 2013-2020 festgelegt.

KERNENERGIE

Neue Vorschriften für radioaktive Stoffe in Wasser

Der Rat nahm eine Richtlinie zur Festlegung von Anforderungen an den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung hinsichtlich radioaktiver Stoffe in Wasser für den menschlichen Gebrauch an. Darin werden Parameterwerte sowie Häufigkeit und Methoden für die Überwachung radioaktiver Stoffe bestimmt ([7445/3/13](#)).

Weitere Informationen sind der Pressemitteilung [15066/13](#) zu entnehmen.

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Beziehungen zu Montenegro

Der Rat änderte das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Montenegro anlässlich des Beitritts von Kroatien zur EU.

FISCHEREI

Zugang von Fischereifahrzeugen aus den Seychellen zu den Gewässern um Mayotte

Der Rat nahm einen Beschluss an, durch den die Kommission ermächtigt wird, im Namen der EU Verhandlungen über ein Abkommen mit der Republik Seychellen betreffend den Zugang von Fischereifahrzeugen unter der Flagge der Seychellen zu Gewässern und biologischen Meeresschätzen der EU, insbesondere in der ausschließlichen Wirtschaftszone vor der Küste von Mayotte, aufzunehmen.

Diese Verhandlungen folgen auf den vom Europäischen Rat am 11. Juli 2012 angenommenen Beschluss zur Änderung des Status von Mayotte, wonach Mayotte (bislang ein überseeisches Gebiet) ab dem 1. Januar 2014 eine Region in äußerster Randlage werden kann. Zu diesem Zeitpunkt erlangt die derzeitige ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) von Mayotte den Status eines EU-Gewässers. Während der jüngsten Verhandlungen über ein neues Protokoll zum Fischereiabkommen zwischen der EU und den Seychellen hatten die Seychellen um Aushandlung einer Vereinbarung mit der EU ersucht, wonach Fischereifahrzeugen unter der Flagge der Seychellen ab dem 1. Januar 2014 weiterhin Zugang zu Mayotte gewährt wird.

BINNENMARKT

Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge – UNECE-Regelungen

Der Rat billigte den von der EU in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) zu vertretenden Standpunkt, wonach die Anpassungen mehrerer UNECE-Regelungen an den technischen Fortschritt befürwortet werden sollen; dies betrifft

- die Genehmigung emissionsmindernder Einrichtungen zur Nachrüstung für mit Selbstzündungsmotoren ausgerüstete schwere Nutzfahrzeuge, land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen und nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte ([14654/13](#)),
- die Recyclingfähigkeit von Kraftfahrzeugen ([14656/13](#)) und
- die Anpassung der Gesamtresolution über Fahrzeugtechnik sowie einen Vorschlag für eine globale technische Regelung für den Pfahl-Seitenaufprall ([14644/1/13](#)).

Die UNECE entwickelt auf internationaler Ebene harmonisierte Regeln, um technische Hürden für den Handel mit Kraftfahrzeugen zu beseitigen, und Systeme zur Erhöhung der Sicherheit und der Umweltverträglichkeit.

ENTWICKLUNG

Technisches Zentrum für Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum

Der Rat legte den Standpunkt der EU im AKP-EU-Botschafterausschuss zur Änderung der Satzung des Technischen Zentrums für Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum fest. Das Zentrum soll den landwirtschaftlichen und ländlichen Gemeinden in den AKP-Staaten die für die Bekämpfung von Armut und Hunger erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln.

Beiträge zum Europäischen Entwicklungsfonds

Der Rat legte für die dritte Tranche der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Entwicklungsfonds im Jahr 2013 einen Betrag von 300 Mio. EUR fest.

BESCHÄFTIGUNG

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Spanien

Der Rat nahm einen Beschluss über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in Höhe von 840 000 EUR an, mit dem 630 Arbeitnehmer, die bei 140 spanischen Unternehmen im Wirtschaftszweig Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden entlassen wurden, unterstützt werden sollen. Dieser Teil des Bausektors hat erheblich unter dem starkem Wettbewerb durch Hersteller aus Asien, insbesondere aus China, gelitten, was weltweit zu einem Verlust von Marktanteilen geführt hat.

Die entlassenen Arbeitnehmer werden durch verschiedene Maßnahmen unterstützt, die ihnen dabei helfen sollen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die Maßnahmen umfassen insbesondere Beratungen, Schulungen, die Verbesserung vorhandener Fähigkeiten, die Unterstützung bei der Arbeitssuche und die Unterstützung beim Schritt in die Selbständigkeit.